

Protokoll der Vorstandssitzung des Runden Tisches am 24.10.2022, 14 – 16 Uhr im Multikultizentrum Dessau

0. Regularien

0.1 Begrüßung

0.2 Feststellung von An-/Abwesenheit

Anwesend: R. Sternal, C. Bölian, C. Altmann, M. Steckel (Opferberatung Dessau), Z. Ziza, R. Minhel, K. Blau, H. Deffner.

Abwesend: M. Mohamad, M. Schwenke, S. Möbbeck

0.3 Kontrolle des Protokolls vom 14.09.2022

Kontakt zu Djamel Amelal über M. Mohamad hergestellt, kann sich Kandidatur für den Vorstand vorstellen; dafür müsste Islamische Gemeinde Halle erst Mitglied werden; Hr. Sternal führt Gespräch in den kommenden Tagen.

Der Kontakt zu Fabi Pfister (DGB) konnte noch nicht hergestellt werden, die Koordinierungsstelle versucht es weiterhin.

0.4 Festlegung der Tagesordnung

1. Austausch mit dem Integrationskoordinator der Stadt Dessau, Hr. Christian Altmann

[siehe Präsentation]

Hr. Altmann ist seit 6 Jahren im Integrationsbüro der Stadt Dessau tätig; Integrationsbüro gehört zu Dezernat 1 (Bürgermeister*in); übernehmen viele Matchingprozesse: „Wie können Verfahrensprozesse optimiert werden, wie können langfristige Probleme beseitigt werden?“

Dessau-Roßlau: 8186 Menschen mit Migrationshintergrund – 10,2 % der Bevölkerung, davon 40,8 % Geflüchtete (Geduldete darin nicht mitgezählt, ca. 240 Personen zusätzlich); Hochschule mit hohem Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund (600 Internationale von insg. 1000 Studierenden); Hochschule fungiert als Integrationsmotor.

Großer Generationenunterschied zwischen Migrant*innen und autochtoner Bevölkerung; viele lassen sich einbürgern, aber Dessau-Roßlau ist landesweit die einzige Behörde, die Anträge in der Regelzeit bearbeitet hat; Integrationsbüro arbeitet recht gut mit Ausländerbehörde zusammen, gute persönliche Beziehung und Möglichkeit, Prozesse mitzugestalten; Sondertage für Ukrainer*innen geschaffen, damit nicht andere Migrant*innen an regulären Tagen zurückgestellt werden.

Insg. 25. Stadtbezirke, 60 % der Migrant*innen leben in Innenstadt; Innenstadt ist sozialer Brennpunkt;

Integrationskonzept ist milieu-basiert: nicht die Herkunft sagt etwas über Voraussetzungen, sondern das Milieu; größeres Armutsrisiko in der migrantischen Community in den innerstädtischen Bezirken.

6 Handlungsfelder mit Zielen, die fokussiert auf Benachteiligungsfaktoren aufgestellt sind; inklusiver Ansatz für den Haushalt – in Regelarbeit der Verwaltung integrieren; kein eigenes Finanzierungskonzept;

Berlin-Institut hat Studie zum Thema Handlungszielorientierung erarbeitet, die alle Kommunen analysiert hat – Dessau wurde eingeladen, um das eigene Konzept vorzustellen;

Für das Handlungsfeld interkulturelle Öffnung wurde sich von der Stadt viel Unterstützung von außen geholt;

auf Grund von Alter immer noch mangelnde Erfahrung mit Diversity → Studie von Bertelsmannstiftung beauftragt, darauf aufbauend Projekte und Vorhaben entwickelt.

Dezentrale Unterbringung: billiger, Chance für erhöhte Akzeptanz durch Integration ins Quartier, mehr Schutz und Privatsphäre;

Arbeitslosenquote von Migrant*innen fast zweieinhalb Mal so hoch wie von anderen, aber sinkt kontinuierlich;

dezentrale Unterbringung erfordert aber auch viel Eigenständigkeit von Menschen; lässt Menschen teilweise mit Kämpfen allein; nachrückende Generationen haben es mittlerweile ein wenig leichter;

Überlastung bestimmter Institutionen (KITA, Schule, u.a.) und Akteur*innen (Schulsozialarbeitende u.a.); kann durch dezentrale Unterbringung und freie Wohnortwahl nicht gesteuert werden;

in manchen Gebieten Segregationsprozesse / Abschottung und erhöhtes Armutsrisiko; Polarisierung wegen Wettstreit um Risiko.

Bestpractice-Ansätze:

Begriff „Integration“ immer schwieriger zu kommunizieren – stattdessen „Zusammenhalt und Vielfalt“;

an Gemeinsamkeiten statt an Trennendem arbeiten; Menschen werden in Strukturen (Schulungen oder Formate) zusammengebracht; Nachbarschaft und gemeinsame Themen!

Welcomeprodukte: Welcome Guide / Willkommenskompass (proaktive Werbung für die Stadt – Aufzeigen sozialer Interaktionspunkte in der Stadt zur Orientierung), gemeinsam mit Studierenden erarbeitet (Farsi, Arabisch, Englisch, Deutsch, Chinesisch, Ukrainisch, Russisch)

AZUBIS Verwaltungsmitarbeitende machen interkulturelle Trainings und erlebnispädagogische Maßnahmen als festen Bestandteil der Ausbildung.

Wünsche an den RT:

1. Integration und Internationalisierung stärken
2. Ressourcenblick auf den Bereich Integrationskoordination
3. Weg vom Regentropfenprinzip bei Integrationsfördermaßnahmen

R. Minhel:

Viele Problem bei Terminvergabe bei Behörden
Mehr interreligiöse Vernetzung notwendig

C. Altmann:

Behörden: lange wurde Konzept des Offenen Rathauses gelebt; aber Entwicklungen zeigen, dass Regelaufträge kaum noch leistbar sind und Dienstleistungen zumindest digitalisiert oder eigtl. outsourced werden müsste;

Buchungssystem bisher nur auf Deutsch, muss in andere Sprachen übersetzt werden – kleine Veränderungen möglich und nötig; aber grundsätzlich muss Kommunikation intelligent gestaltet sein;

arbeiten an zentralen Zugängen, ähnlich wie Burgenlandkreis;

bisher sind diese Zugänge personenabhängig und nicht nachhaltig gestaltet;

Interreligiöser Austausch ist kein reines Integrationsthema, sondern sollte grundlegend beim Oberbürgermeister liegen – sehen als nicht zwingend als Arbeitsfeld des Integrationsbüro.

K. Blau: Themen dürfen nicht mehr nur beim MS angesiedelt werden, sondern müssen in alle Ressorts integriert werden.

Es braucht überall Integrationsbeiräte.

C. Altmann: bis 2025 damit betraut, Maßnahmen und Ziele zu entwickeln, um Zuzug und Hierbleiben zu sichern.

Über Integrationskoordinator*innen kann Zugang zu Landkreisen geschaffen werden;

Integrationsbeirat: mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in Workshops Formate erarbeitet; vermutlich im neuen Jahr Überprüfung des Etablierungsprozesses eines Integrationsbeirats; Hr. Altmann hat Gründe für Ablehnung genannt, aber Stadtrat hat andere fachliche Auffassung.

Migrant*innenorganisationen haben offenen Brief geschrieben, die die Änderung der Satzungsform abgelehnt haben.

2. Termine

Termin MV: 14.11.2022, 14 – 16 Uhr, Saal des einewelt Haus Magdeburg

Termin mit Landtagsabgeordneten 21.11.2022, 15 – 18 Uhr

nächste Vorstandssitzung: mit neu-gewählten Vorstandsmitgliedern vereinbaren

3. Auswertung der Anhörung in Stendal

Wichtiges Ergebnis: Gesprächsbedarf vor Ort wurde klar, Menschen wollen kommunizieren;

Rückmeldung M. Jonas (Integrationskoordinatorin):

- Es wäre besser gewesen, die Integrationskoordinator*innen früher in den Planungsprozess einzubeziehen; sie kannten das Konzept nicht, weshalb es schwierig war, Kolleg*innen zu motivieren [Rückmeldung H. Deffner: mehrmals Kontakt aufgenommen, fast wöchentliche Telefonate, wäre abfragbar gewesen];
- Begriff „Anhörung“ muss geändert werden;
- Gespräch war auf Augenhöhe; kein Bashing, sondern gemeinsames „Was macht wie Sinn?“
- angenehm; gute Moderation;
- Behördenmitarbeiter*innen hätten vermutlich aufgefordert werden müssen – aktiv ansprechen; Stadt hat verwaltungstechnisch mit dem Thema eher wenig zu tun;
- Für Fr. Rütten ist unser Thema eins von vielen, bringt sich generell selten ein; macht ihre Arbeit, kriegen ihre Leistungen, „damit hört es für sie schon auf“;
- Integrationskoordinator*innen aller (!) Landkreise fordern die elektronische Gesundheitskarte statt Behandlungsscheinen – der Runde Tisch sollte zu diesem Thema aktiv werden
- LAE: Leute vor Ort sind im Überdruß; sollte schon so lange dauern, Eröffnungszeitraum ist so unklar, dass niemand mehr Lust hat tatsächlich etwas auf die Beine zu stellen;
- erhalten Infos über LAE-Entwicklungen vom Land nur über andere, Land spricht dazu kaum direkt mit dem Landkreis; wünschen sich mehr Miteinander mit dem Land;
- Wie geht's jetzt weiter? Spricht man noch mal drüber?

Lernerfahrungen:

- frühe Einbeziehung der Integrationskoordinator*innen, damit diese Akteur*innen vor Ort auch für das Gesprächsformat besser motiviert werden können;
- nachhaltiger Kontakt bzw. Nachgang der Gesprächsformate;
- Behördenmitarbeiter*innen direkter miteinbeziehen (durch Redebeiträge?);
- Titel „Anhörung“ sollte unbedingt geändert werden;
- Elektronische Gesundheitskarte als mögliches Handlungsfeld des RT?;
- Idee: Integrationskoordinator*innen des Landes gesammelt zum Gespräch laden – Welchen Part kann der Runde Tisch übernehmen, wo können wir unterstützen? (Mit Frau Möbbeck Rücksprechen);
- Zwei Ansätze: „Wo sind Problemregionen, wo sollten wir hinfahren?“ und „Wo sind strukturelle Probleme und Ansätze, und wie können diese angegangen werden?“;
- Format mit Integrationskoordinator*innen zu strukturellen Problemen verbinden mit Gesprächsformat mit Landtagsabgeordneten im Herbst;
- Wenn Integrationsbeirat funktionieren würde, bräuchte es den RT nicht mehr; aber die Sitzungen laufen zu glatt, so rund läuft es definitiv nicht; RT ist dichter an Realität dran; bei letzter Sitzung des LIB wurden v.a. in Floskel für nicht-funktionierendes System geantwortet, aber wenig Konstruktives erarbeitet.

→ Wie geht das Format „Anhörung“ / „Runder Tisch vor Ort“ weiter?

- Fr. Möbbeck wünscht sich mehr eigene Inputs / Tagesordnungspunkte durch Mitglieder des LIB;
- Positionspapiere des RT im LIB? → Mit Fr. Möbbeck besprechen, wie etwas vorangebracht werden kann;
- Strukturversagen der Behörden: Der Staat kommt den Aufgaben nicht nach, zu denen er verpflichtet ist; bei strukturell benachteiligster Gruppe zeigt es sich am deutlichsten und droht schlimmer zu werden.

4. Vorbereitung der Mitgliederversammlung und Vorstandswahl am 14.11.2022

Koordinierungsstelle verschickt Vorschläge für Tagesordnung an Vorstand (u.a. „Perspektiven des RT“, Position zur AfD bei Veranstaltungen).

Erinnerungsmail mit TO und Wahlvorschlägen für Vorstandspositionen nötig

Arbeitsgrundlagen: Aus „Anhörung“ wird „Runder Tisch vor Ort“; Hr. Sternal überarbeitet vorliegenden Text entsprechend, Koordinierungsstelle versendet mit Erinnerungsschreiben.

5. Vorbereitung des Termins mit Landtagsabgeordneten und Dr. Schellenberger am 21.11.2022

Problemstellung: Büro des LT-Präsidenten möchte kein offizielles Einladungsschreiben aufsetzen, Koordinierungsstelle soll Mitglieder und Abgeordnete einladen;

LT-Präsident ist für alle Fraktionen zuständig, soll die AfD auch eingeladen werden? Hr. Dr. Schellenberger versteht sich als Präsident aller Parteien; will vermutlich der „Nicht-Einladende“ sein; Würde er einladen, müssten wir mit einer AfD-Einladung leben; vorige Landtagspräsidentin hat AfD einmal zu einer RT-Sitzung eingeladen, im Nachgang wurde Sinnhaftigkeit der Sitzungen diskutiert; jetzige Situation: Veranstaltung in den Räumen und unter Schirmherrschaft des LT-Präsidenten, aber unklar ist, wer eingeladen werden muss; Schirmherrschaft drückt sich auch dadurch aus, dass er einmal jährlich mit uns ins Gespräch kommt.

Ergebnis der Diskussion: Wenn wir einladen sollen, laden wir die AfD nicht ein; Wenn Dr. Schellenberger einlädt, wird AfD wohl eingeladen werden; Hr. Sternal ruft Frau Schmidt mit Diskussionsergebnis an; Hr. Sternal spricht mit Fr. Möbbeck zu Formalia der Einladung.

Koordinierungsstelle verschickt Save the Date an Personen, die definitiv eingeladen werden.

Themensammlung:

- Grußwort von Hrn. Dr. Schellenberger
- Perspektiven der LAE-Eröffnung – Gesundheitsversorgung(-sbedarfe) / elektronische Gesundheitskarte
- Probleme mit Behörden

- Internationalisierung

6. Finanzierungsantrag des Runden Tisches für das Jahr 2023 / Drittmittel für Antrag

Antrag ist vorbereitet, Arbeitsschwerpunkte wurden an den Vorstand verschickt; kann Ende der Woche verschickt werden.

Drittmittel: Antrag für Mittel der Kirchen muss möglichst bald gestellt werden; Hr. Sternal spricht mit Hrn. Rether; falls über Katholisches Büro nicht möglich, wird bei evangelischer Kirche beantragt.

7. Verschiedenes

Parkplatz: Idee einer Klausurtagung im Frühjahr 2023